



In case of reproduction, please mention source (ITF) · En cas de reproduction, veuillez mentionner la source (ITF) · Nachdruck bei Quellenangabe gestattet (ITF) · Var god ange källan vid eftertryck (ITF)

Nr. 5/6

Mai/Juni 1970

INHALT

Seite

Neues aus der ITF

Sicherheitsausschuss der ITF-Sektion Zivilluftfahrt fordert Dringlichkeitsmassnahmen der Regierungen gegen die Entführung und Sabotage von Flugzeugen	45
SUEDAFRIKA: ITF spricht sich gegen Auswanderung nach Südafrika aus	46
ITF protestiert gegen Ausschliessung aus einer Pressekonferenz über Luftverkehrssicherheit	47

Internationales

Ehrung des ausscheidenden Generaldirektors der IAO	48
--	----

Transport und Verkehr

Frankreich: Neues Gesetz gegen Flugzeugentführungen	49
Grossbritannien: Ermutigende Verbesserung der Luftverkehrssicherheit	49
Niederlande: Erste verheiratete Stewardess der KLM	49
Schweiz: Föderativverband ersucht um Vorentscheid über Arbeitszeitregelung	49
USA: Transportarbeiter empfehlen unentgeltlichen öffentlichen Transport	50
Amerikanisches Gericht entscheidet zugunsten griechischen Seemannes	51

Gewerkschaften

INTERNATIONALES: IBFG fordert Wiederherstellung der Gewerkschaftsrechte in Spanien	51
Italien: Hafendarbeiter führen 6-tägigen Boykott gegen griechische Schiffe durch	52
Schweden: Gross-Gewerkschaft der Staatsbediensteten gebildet	52
USA: Erster Erfolg für kalifornische Weinbergarbeiter	53

b.w.

NEUES AUS DER ITF

Sicherheitsausschuss der ITF-Sektion Zivilluftfahrt fordert Dringlichkeitsmassnahmen der Regierungen gegen die Entführung und Sabotage von Flugzeugen

Am 14. und 15. Mai 1970 fand in London unter dem Vorsitz des Kollegen J.K. Post (Niederlande) eine Erweiterte Sitzung des Sicherheitsausschusses der ITF-Sektion Zivilluftfahrt statt. An der Sitzung nahmen Gewerkschaftsvertreter des Luftfahrtspersonals aus der Bundesrepublik Deutschland, Grossbritannien, Frankreich, Israel, Kanada, den Niederlanden, Oesterreich, Schweden und den USA, sowie Vertreter der Internationalen Föderation der Luftlinienpiloten-Vereinigungen (IFALPA), der Internationalen Föderation der Vereinigungen des FS-Kontrollpersonals (IFATCA), der Internationalen Föderation der Vereinigungen der Flugzeugabfertiger (IFALDA) und des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) teil.

Der Hauptzweck der Sitzung bestand in der Formulierung von Vorschlägen des Zivilluftfahrtspersonals der ITF an die bevorstehende Ausserordentliche Sitzung der ICAO-Versammlung (Montreal, 16. - 30. Juni 1970) und an die vom 1. - 16. Dezember 1970 in Den Haag stattfindende Diplomatische ICAO-Konferenz, auf der ein neues und strikteres Internationales Abkommen über Flugzeugentführungen angenommen werden soll.

Es wurde betont, dass das Hauptziel der im Juni stattfindenden ICAO-Versammlung in der Abgabe einer verbindlichen Erklärung seitens aller Regierungen bestehen sollte, die besagt, dass sich diese weigern, jegliche gesetzwidrige Handlungen gegen Zivilflugzeuge nachsichtig zu behandeln oder zu unterstützen, und dass sie ferner sicherstellen werden, dass die solcher Vergehen schuldig befundenen Personen gerichtlich verfolgt und streng bestraft werden. Im Hinblick auf die Dringlichkeit dieses Problems wurde die Meinung vertreten, dass eine solche Erklärung so schnell wie möglich und auf jeden Fall vor der formellen Ausarbeitung eines Internationalen Abkommens über Angriffe auf Zivilflugzeuge abgegeben werden sollte.

Ferner wurde betont, dass alle Regierungen unverzüglich Schritte unternehmen sollten, um auf nationaler Ebene Gesetze zu erlassen, deren Zweck in der Verhinderung von Angriffen auf Flugzeuge und der strikten Bestrafung solcher Vergehen schuldiger Personen besteht. Darüberhinaus sollten in allen Flughäfen und auch in den ausserhalb der Flughäfen gelegenen Abfertigungsstellen strikte Sicherheitsmassnahmen getroffen werden. Für die Ausarbeitung und Durchführung dieser Massnahmen sollten die auf nationaler Ebene zu bildenden Luftfahrts-Sicherheitsausschüsse

zuständig sein, in denen alle an der Sicherheit der Luftfahrt unmittelbar interessierten Kreise, einschliesslich der Gewerkschaften des Zivilluftfahrtspersonals, vertreten sind.

Ferner empfahl die Sitzung die Durchführung verschiedener spezifischer Sicherheitsmassnahmen seitens der Luftlinien und Flughafenverwaltungen zwecks Abschreckung möglicher Attentäter und Saboteure.

Inbezug auf den der im Dezember dieses Jahres stattfindenden Diplomatischen ICAO-Konferenz vorliegenden Entwurf für ein neues Internationales Abkommen über Flugzeugentführungen wurde erklärt, dass dieses Abkommen die Entführung von Flugzeugen zu einem internationalen und auslieferungspflichtigen Vergehen erklären und dass die Auslieferung der schuldigen Personen aus Gründen der Abschreckung nach dem Registrierungsland des entführten Flugzeuges erfolgen sollte.

Abschliessend betonte die Sitzung mit Nachdruck, dass sich die der ITF angeschlossenen Gewerkschaften gezwungen sehen würden, zusammen mit anderen internationalen Organisationen der Arbeitnehmer geeignete gewerkschaftliche Kampfmassnahmen zu ergreifen, um das Leben der Flugzeugbesatzungen und der Fluggäste zu schützen, falls die in der Zivilluftfahrt beschäftigten Arbeitnehmer die von der ICAO, den Regierungen und Luftfahrtsgesellschaften getroffenen Massnahmen zur Wahrung der Sicherheit der Luftfahrt als unzulänglich betrachten oder falls irgendeine Regierung Flugzeugentführer oder Saboteure ungestraft entgehen lässt oder diese unterstützt.

SUEDAFRIKA

ITF spricht sich gegen Auswanderung nach Südafrika aus

Die südafrikanische Regierung hat mit dem Erlass einer kürzlichen Verfügung, die am 3. Mai 1970 in Kraft trat, einen weiteren Schritt in Richtung der Verschärfung ihrer Apartheidspolitik unternommen. Durch diese Verfügung werden alle in den Städtisiedlungen wohnenden Afrikaner aus sämtlichen Angestelltenberufen und Fachberufen ausgeschlossen. D.h., sie können nicht länger als Verkäufer in Geschäften, als Bediener hinter der Theke, als Empfangskräfte in Handelsunternehmen oder als Telephonisten in Geschäften, Büros und Betrieben arbeiten. Gemäss den vorliegenden Meldungen werden dadurch allein in Transvaal (hauptsächlich in Johannesburg) 10.000 Afrikaner ihre Arbeitsplätze verlieren. Aber bereits vor Erlass der Verordnung herrschte ein grosser Mangel an weissen Arbeitskräften vor und die Regierung hat eine energische Kampagne eingeleitet, um weisse Einwanderer aus Europa und von anderen Kontinenten anzulocken. Für 1969 wird die Zahl der Auswanderer aus Grossbritannien, den Niederlanden, der Bundesrepublik

Deutschland, Belgien, Oesterreich, der Schweiz und Italien nach Südafrika auf 40.000 veranschlagt. Die südafrikanische Regierung benötigt jedoch noch zahlreiche weitere Arbeitskräfte, um die durch den willkürlichen Ausschluss der Afrikaner frei werdenden Arbeitsplätze zu besetzen. Auf Wunsch des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) möchten wir die der ITF angeschlossenen Gewerkschaften darauf aufmerksam machen, dass die Auswanderung weisser Arbeitskräfte nach Südafrika die Afrikaner ihres Lebensunterhalts beraubt.

ITF protestiert gegen Ausschliessung aus einer Pressekonferenz über Luftverkehrssicherheit

Wie aus dem Anhang zur vorliegenden Nummer der ITF-Nachrichten ersichtlich ist, hat die ITF starken öffentlichen Protest erhoben, weil sie aufgrund der Opposition des Internationalen Verbandes für den Luftverkehr (IATA), der die Luftfahrtsgesellschaften der Welt vertritt, an der Teilnahme an einer gemeinsamen Pressekonferenz über die Sicherheit der Luftfahrt gehindert wurde, die am 12. Juni in Amsterdam stattfand.

Die Konferenz war von der IATA und der Internationalen Föderation der Luftlinienpiloten-Vereinigungen (IFALPA) einberufen worden, um zu betonen, wie dringend notwendig es ist, dass die zuständigen Regierungen auf der Ausserordentlichen ICAO-Versammlung (Montreal, 16. - 30. Juni 1970) konkrete Massnahmen gegen Sabotageanschläge auf Flugzeuge und Flughafeneinrichtungen sowie gegen die Entführung von Flugzeugen treffen. Die ITF ist auf dieser ICAO-Versammlung durch eine starke Delegation vertreten, deren Wortführer Generalsekretär Charles Blyth ist.

Die ITF war vom Exekutivsekretär der IFALPA, Capt. C.C. Jackson, zu der oben genannten Pressekonferenz in Amsterdam eingeladen worden, weil auf der IFALPA-Konferenz im März eine Entschliessung angenommen wurde, in der die führenden Funktionäre der IFALPA ersucht werden, unverzüglich mit anderen zuständigen internationalen Organisationen der Arbeitnehmer in Verbindung zu treten, um alle vorhandenen Möglichkeiten der Zusammenarbeit und der Durchführung gemeinsamer Massnahmen gegen Flugzeugentführungen und Sabotageanschläge voll auszunutzen. Der Generaldirektor der IATA, Herr Knut Hammarskjöld, erhob jedoch gegen die Teilnahme der ITF Einspruch. Da die darauffolgenden Unterredungen zwischen Herrn Hammarskjöld und dem Generalsekretär der ITF unbefriedigend verliefen, wurde beschlossen, dass die ITF öffentlich protestieren sollte. Die diesbezügliche ITF-Erklärung wurde am 11. Juni 1970 auf einer Pressekonferenz in Amsterdam abgegeben, an der alle niederländischen Gewerkschaften des Zivilluftfahrtspersonals vertreten waren. Die offiziellen Vertreter der ITF waren Kollege J. K. Post (Vorsitzender der ITF-Sektion Zivilluftfahrt) sowie der Generalsekretär. Post protestierte schärfstens gegen die Haltung

der IATA und gab Einzelheiten über die umfassenden Empfehlungen und Vorschläge, die die ITF der oben genannten ICAO-Versammlung unterbreitet hat. Er sagte er könne einfach nicht verstehen, warum man der grössten internationalen Organisation des Zivilluftfahrtspersonals die Teilnahme an der am folgenden Tage stattfindenden IATA/IFALPA-Presskonferenz verweigert habe.

Post nahm an dieser Presskonferenz als Vertreter seiner eigenen Verbandszeitschrift teil und fragte Herrn Hammarskjöld vor aller Öffentlichkeit, warum er sich gegen eine ITF-Beteiligung ausgesprochen habe. Herr Hammarskjöld erwiderte, dass er in dieser Angelegenheit eine sehr schwierige politische Aufgabe zu erfüllen habe, die durch eine öffentliche Zusammenarbeit mit Gewerkschaftsorganisationen wie die ITF gefährdet werden könnte, da es auch Länder gebe, die keine Gewerkschaften anerkennen. Post bestätigte, dass die ITF natürlich nur Gewerkschaften der freien Länder vertrete, wofür sie sich jedoch nicht zu entschuldigen brauche. Ferner betonte er, dass die Presskonferenz in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung kaum als repräsentativ bezeichnet werden könne.

INTERNATIONALES

Ehrung des ausscheidenden Generaldirektors der IAO

Auf einer am 29. Mai 1970 abgehaltenen Sondersitzung zollten die Mitglieder des IAO-Verwaltungsrates Herrn David A. Morse, dem ausscheidenden Generaldirektor der IAO, ihre Anerkennung. Herr Morse tritt nach einer fast 22jährigen Amtszeit als Generaldirektor am 31. Mai in den Ruhestand. Sein Nachfolger ist Herr Wilfred Jenks, seit 1967 Stellvertretender Generaldirektor.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates verwiesen im Laufe ihrer Ausführungen insbesondere auf die während der Amtszeit Morses eingetretene Änderung und Reorganisierung der IAO-Tätigkeit. Die IAO sei von einer Instanz, deren Aufgabe vorwiegend in der Festlegung internationaler Normen bestand, zu einer Organisation herangewachsen, die sich mehr und mehr mit der technischen Hilfeleistung und der Förderung der Schulungstätigkeit, insbesondere in den Entwicklungsländern, befasse. Auch auf dem Gebiete der technischen Zusammenarbeit sei die IAO äusserst aktiv geworden und in rund 90 Ländern an der Förderung der beruflichen Ausbildung, der Bildung von Genossenschaften, der Förderung der industriellen Entwicklung, der Arbeiterschulen, der sozialen Verwaltung, und der beruflichen Sicherheit und Gesundheit beteiligt. Einige Mitglieder des Verwaltungsrates vertraten die Ansicht, dass die Verleihung des Nobel-Friedenspreises 1969 an die IAO aufgrund des Beitrages erfolgt sei, den sie während der Amtszeit Morses auf dem Gebiete der Förderung der sozialen und

wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Menschen der Welt gemacht hat.

TRANSPORT UND VERKEHR

FRANKREICH

Neues Gesetz gegen Flugzeugentführungen

In Frankreich werden Personen, die der Entführung von Flugzeugen schuldig befunden werden, in Zukunft strenger bestraft werden. Das diesbezügliche Gesetz sieht Gefängnisstrafen von 5 bis 10 Jahren für Flugzeugentführer vor. Wenn im Zusammenhang mit der Straftat auch Gewalttätigkeiten begangen werden, variiert das dafür vorgesehene Strafmass von 10 bis 20 Jahren Gefängnis.

GROSSBRITANNIEN

Ermutigende Verbesserung der Luftverkehrssicherheit

Gemäss einem vor kurzem von der britischen Handelskammer veröffentlichten Bericht ist im Jahre 1969 kein einziger auf britischen Luftlinien fliegender Fluggast getötet oder ernstlich verletzt worden. Die Handelskammer ist für die Festlegung der Luftfahrtsicherheitsnormen in Grossbritannien zuständig.

NIEDERLANDE

Erste verheiratete Stewardess der KLM

Frau Trudy Smits ist die erste verheiratete Stewardess der KLM, die im April dieses Jahres eine Aenderung ihrer Dienstvorschriften vornahm, um verheirateten Frauen die Weiterbeschäftigung als Stewardess zu ermöglichen.

SCHWEIZ

Föderativverband ersucht um Vorentscheid über Arbeitszeitregelung

Der Schweizerische Föderativverband des Personals der öffentlichen Dienste hat sich mit einer vom Verkehrsministerium ernannten

Kommission nicht über die Form der geplanten Revision des Arbeitszeitgesetzes einigen können. Vor kurzem begutachtete die genannte Kommission einen Gesetzesentwurf, der an die Stelle der im Jahre 1957 erlassenen Arbeitszeitregelung treten soll. In diesem Gesetzesentwurf werden jedoch bestimmte Punkte nicht berücksichtigt, die für das Personal der öffentlichen Dienste von ausserordentlich grosser Bedeutung sind. Zu den umstrittenen Punkten zählen: a) die Zahl der zu arbeitenden Stunden; b) die Zahl der Ruhepausen pro Schicht; c) die Tarife für Nacht- und Sonntagsarbeit; d) die Zahl der pro Jahr zu gewährenden Ruhetage und e) die Frage der Gewährung zusätzlichen Urlaubs an Arbeitnehmer, die ein bestimmtes Alter überschritten haben.

Am 24. April ersuchte der Föderativverband daher den Bundesrat, noch vor den Kongressen und Delegiertenversammlungen der dem Föderativverband angeschlossenen Organisationen einen Vorentscheid über jene Fragen herbeizuführen, die durch die Arbeitszeitgesetz-Kommission nicht gelöst werden konnten. Zu diesem Zweck sollte eine Konferenz unter dem Vorsitz des Bundesrates einberufen werden, zu der die verantwortlichen Instanzen der einzelnen Unternehmen sowie die zuständigen Vertreter des Föderativverbandes eingeladen werden.

USA

Transportarbeiter empfehlen unentgeltlichen öffentlichen Transport

Die der ITF angeschlossene US Amalgamated Transit Union (ATU) hat bekanntgegeben, dass sie sich in Zukunft dafür einzusetzen beabsichtigt, dass alle städtischen Verkehrsunternehmen unter öffentlichen Besitz gestellt werden, und unentgeltliche Beförderungsmöglichkeiten bieten sollten. Die genannte Gewerkschaft ist sich seit längerer Zeit bewusst, dass der Verstümmelung der öffentlichen Transportunternehmen, und somit der Einschränkung der Beschäftigungsmöglichkeiten in diesem Sektor, nur durch drastische Massnahmen Einhalt geboten werden kann. Aus diesem Grunde beschloss die Gewerkschaft, die Interessen ihrer Mitglieder im amerikanischen Kongress zu verteidigen, der sich zur Zeit mit der Frage der staatlichen Subventionierung des öffentlichen Personenverkehrs befasst.

Eine von Kollege John M. Elliott (Mitglied des ITF-Vorstandes) vor dem zuständigen Kongress-Ausschuss abgegebene Erklärung enthielt die Feststellung, dass der dem Kongress vorliegende Gesetzesentwurf eine weitere Verschlechterung oder sogar die totale Stilllegung des öffentlichen Personenverkehrs vieler amerikanischer Städte bestenfalls nur verzögern könne. Eine realistische Prognose über die Zukunft des öffentlichen Personenverkehrs in Städten zeige, dass es notwendig sei, die Fahrpreise entweder zu reduzieren, oder vom Steuereinnahmer subventionierte kostenlose öffentliche Beförderungsmöglichkeiten zu bieten. Auf diese Weise würden die

Kosten, aber auch die Vorteile der Bereitstellung eines gut geregelten öffentlichen Personenverkehrssystems, auf alle Schichten der Bevölkerung entfallen.

Amerikanisches Gericht entscheidet zugunsten griechischen Seemannes

Der oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat die von einem niedrigeren Gericht getroffene Entscheidung bestätigt, dass Zacharias Rhoditis, ein auf dem griechischen Schiff "Hellenic Hero" beschäftigter griechischer Seemann, Anspruch auf eine Entschädigung in Höhe von \$ 6.000 für Verletzungen hat, die er sich zuzog, während sich sein Schiff im August 1965 im Hafen von New Orleans befand. Das Gericht stützte sein Urteil auf den Umstand, dass der Eigentümer des Schiffes, Pericles Callimanopoulos von den HELLENIC LINES, seit 1945 in den USA wohnhaft ist und somit -- trotz seiner ausländischen Staatsangehörigkeit -- dem amerikanischen Gesetz untersteht.

Diese Entscheidung ist ein Präzedenzfall, da sich bisher alle von den auf ausländischen Schiffen beschäftigten Besatzungsmitgliedern gestellten Schadenersatzforderungen auf das Gesetz des Landes gestützt haben, unter dessen Flagge das betreffende Schiff registriert war.

GEWERKSCHAFTEN

INTERNATIONALES

IBFG fordert Wiederherstellung der Gewerkschaftsrechte in Spanien

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) hat einen Entschliessungsentwurf zuhanden der Internationalen Arbeitskonferenz vorbereitet, in dem die spanische Regierung aufgerufen wird, freie und demokratische Gewerkschaften, sowie die volle Achtung der staatsbürgerlichen Rechte wieder herzustellen. In der IBFG-Entschliessung wird ferner darauf verwiesen, dass die spanische Regierung die an sie seit 1957 von der IAO wiederholt gerichtete Empfehlung, die Arbeitsgesetzgebung und ihre Anwendung mit den Grundsätzen und Normen der IAO in Uebereinstimmung zu bringen, gänzlich ignoriert hat. Die spanischen Arbeiter sind noch immer Unterdrückungsmassnahmen wie der Verhaftung und Verfolgung aufgrund von Handlungen unterworfen, die man in anderen Ländern als legitime gewerkschaftliche Arbeit ansieht. Die Entschliessung ersuchte den Generaldirektor des IAA, die Lage der spanischen Arbeit-

nehmer und Gewerkschaften ständig zu überwachen und dem Verwaltungsrat des IAA sowie der Internationalen Arbeitskonferenz über alle Entwicklungen auf dem Gebiete der Gewerkschaftsrechte und der gewerkschaftlichen Freiheit in Spanien regelmässig Bericht zu erstatten.

ITALIEN

Hafenarbeiter führen 6-tägigen Boykott gegen griechische Schiffe durch

Gegen Ende April führten die italienischen Hafenarbeiter einen 6-tägigen Boykott gegen alle unter griechischer Flagge registrierten Schiffe durch. Diese Aktion fiel mit dem dritten Jahrestag der Machtergreifung des griechischen Militärregimes zusammen. Als Zeichen der Solidarität der italienischen Hafenarbeiter mit dem griechischen Volk wurden in Genua, Triest, Venedig und Neapel griechische Schiffe festgehalten.

Der Generalsekretär der ITF hat in einem Schreiben an den der ITF angeschlossenen italienischen Hafenarbeiterverband die von den Hafenarbeitern ergriffenen Massnahmen gutgeheissen, da sie die Sympathie der freien italienischen Hafenarbeiterverbände mit den unterdrückten Gewerkschaftern Griechenlands bekunden.

SCHWEDEN

Gross-Gewerkschaft der Staatsbediensteten gebildet

Am 12. Mai 1970 wurde in Schweden durch den Zusammenschluss von acht Gewerkschaften der Staats- und Regierungsbediensteten eine Gross-Gewerkschaft (SF) der Staatsbediensteten gebildet, die mit ihren rund 150.000 Mitgliedern die viertgrösste Gewerkschaft des Landes sein wird. Die grösste der acht genannten Gewerkschaften ist der der ITF angeschlossene Schwedische Eisenbahnerverband. Die acht Gewerkschaften haben seit vielen Jahren eng miteinander zusammengearbeitet, sodass der nunmehr erfolgte Zusammenschluss als eine logische Entwicklung zu betrachten ist. Den besonderen Interessen der verschiedenen Kategorien der Staatsbediensteten wurde durch die Bildung von 5 Fachabteilungen Rechnung getragen, deren jede ihren eigenen Präsidenten haben wird. Auch die Eisenbahner verfügen über ihre eigene Fachabteilung und ihre Zugehörigkeit zur ITF bleibt unverändert. Die neue Gross-Gewerkschaft wird ab 1. Juli offiziell die Aufgaben und Dienste der in ihr zusammengeschlossenen Organisationen übernehmen.

Gustaf Kolare, der ehemalige Präsident des Schwedischen Eisenbahnerverbandes, wurde einstimmig zum 1. Präsidenten der SF gewählt.

Evert Svensson, der ehemalige Vizepräsident des Eisenbahnerverbandes, wird die Leitung der Fachabteilung Eisenbahn übernehmen und Gunnar Weidenfors, ehemaliger Kassenwart des Eisenbahnerverbandes, wird Kassenwart der Gross-Gewerkschaft sein. Die ITF war auf dem Gründungskongress durch ihren Stellvertretenden Generalsekretär, Harold Lewis, vertreten. Die nächste Nummer der ITF-Zeitung wird einen Artikel über die neue Gewerkschaft enthalten.

USA

Erster Erfolg für kalifornische Weinbergarbeiter

Der seit langem andauernde Streik der kalifornischen Weinbergarbeiter hat erstmalig einen beachtenswerten Erfolg gezeitigt. Anfang April wurde zwischen den Vertretern der Arbeitnehmer und drei Weinbergbesitzern von Coachella Valley der erste Kollektivvertrag unterzeichnet. Seit 5 Jahren weigern sich die Arbeitgeber, die unter der Führung von Cesar Chavez stehende Gewerkschaft anzuerkennen oder mit ihr zu verhandeln. Die Tarifpartner wurden von einem Ausschuss katholischer Bischöfe und staatlicher Schlichter an den Verhandlungstisch gebracht.

Der für 3 Jahre geltende Tarifvertrag sieht eine Erhöhung des Mindeststundenlohnes (\$ 1.75) um 6 % vor, sowie eine Leistungsprämie in Höhe von 6 Cent pro Kiste während der Ernte. Die Arbeitgeber werden pro Arbeitnehmer einen Beitrag in Höhe von 10 Cent pro Stunde an eine Kranken- und Wohlfahrtskasse entrichten und weitere 2 Cent pro Stunde an einen Unterstützungsfonds für Arbeitnehmer, die aufgrund ihres Alters oder der Mechanisierung der Arbeit ihren Arbeitsplatz verlieren. Ferner sieht der Tarifvertrag eine jährliche Ueberprüfung der Tarife vor. Die Weinbergbesitzer versprachen ausserdem, künftig keine "gefährlichen" Schädlingsbekämpfungsmittel zu benutzen. Während der letzten Jahre ist es wiederholt vorgekommen, dass Weinbergarbeiter und auch ihre Kinder permanente Gesundheitsschäden erlitten haben und sogar an den Folgen dieser schädlichen Substanzen gestorben sind. Später erklärten sich zwei weitere Unternehmen bereit, ähnliche Tarifverträge mit der Gewerkschaft abzuschliessen.

AUS DER WELT DER ARBEIT

DAENEMARK

Dänische Seeleute werden Kriegsgefahrenzulage für Dienst in Nahost-Gewässern erhalten

Die dänische Gewerkschaften der Seeleute haben sich mit dem Reederverband über die Zahlung einer Kriegsgefahrenzulage für Dienst in

Nahost-Gewässern geeinigt. Während des Aufenthalts in den Häfen von Alexandria und Port Said sowie in allen ägyptischen Häfen im Golf von Suez nördlich des 28 Breitengrades wird ein Zuschlag von 75 % auf alle normalen Heuern (einschliesslich irgendwelcher Zulagen und Prämien) gezahlt. Wenn ein Besatzungsmitglied zufolge kriegerischer Handlungen sein Leben verliert oder für immer arbeitsunfähig wird, ist eine Entschädigung in Höhe von dkr 50.000 zahlbar, die sich für jedes Kind im Alter von unter 18 Jahre um weitere dkr 20.000 erhöht. Dies gilt für kriegerische Handlungen im folgenden Raum: Von der lybisch/ägyptischen Grenze bis zum Kreuzungspunkt des 34 Breitengrades und des 33 Längengrades, von dort bis zur türkisch/syrischen Grenze und im Roten Meer für alle Gewässer nördlich des 23 Breitengrades, einschliesslich des Golfes von Akaba.

DEUTSCHLAND

Gehaltserhöhung und höheres Urlaubsgeld für Reisebüro-Angestellte

Gemäss einem neuen von den Gewerkschaften OeTV und HBV mit dem Deutschen Reisebüroverband abgeschlossenen Gehaltstarifvertrag, sind die Gehälter der rund 10.000 Angestellten privater Reisebüros ab 1. Juni 1970 linear um 8 % erhöht worden. Die neue Tarifregelung sieht ausserdem eine Erhöhung des zusätzlichen Urlaubsgeldes um DM 5,00 auf DM 17,50 pro Urlaubstag vor.

Seelotsen fordern 40-Stunden-Woche und ausreichende Altersversorgung -- Rechtsgutachten stellt fest: für Seelotsen können Tarifverträge abgeschlossen werden

Der Fachgruppenverband Seelotsen der Gewerkschaft OeTV hat am 20. und 21. Mai auf einer Ausserordentlichen Vorstandssitzung in Hamburg über die Stellungnahme des Bundesministeriums zu den im April dieses Jahres vorgelegten Forderungen der Seelotsen beraten. (Die Seelotsen wollen in der Arbeitszeit mit den in der Kauffahrtei-Schiffahrt beschäftigten Kapitänen gleichgestellt werden, für die am 1. Januar die 40-Stunden-Woche in Kraft trat.) Ferner wurde beantragt, dass die Altersversorgung der Seelotsen 75 % ihrer jeweiligen Bezüge betragen sollte. Nach Auffassung der OeTV sind die vom Bundesministerium für Verkehr auf diesem Gebiet gemachten Zugeständnisse unzureichend. Mit dem Ziele der Klärung einer weiteren umstrittenen Frage unterbreitete die OeTV ein in ihrem Auftrage von Professor Dr. Herschel erstelltes Rechtsgutachten, das die Feststellung enthält, dass Seelotsen Arbeitnehmereigenschaften haben, obwohl sie freiberuflich tätig sind und demzufolge Tarifverträge für sie abgeschlossen werden können. Die im einschlägigen Artikel des Grundgesetzes garantierte Koalitionsfreiheit schliesst nach Ansicht Professor Dr. Herschels auch das Streikrecht für die Seelotsen ein.

GROSSBRITANNIEN

Seeleute nehmen Angebot an

Die der ITF angeschlossene Britische Seeleutegewerkschaft (NUS) hat das vom Britischen Reederverband am 24. April 1970 gemachte Angebot zur Erhöhung der Heuern um 20 % angenommen. Wenn die neuen Heuertarife am 2. Juli in Kraft treten, werden Vollmatrosen £ 2.16s. pro Woche mehr erhalten. Der Ueberstundentarif für Vollmatrosen wurde um 1s.6d. pro Stunde erhöht. Der neue Heuertarif gilt für mindestens ein Jahr.

Kollege Bill Hogarth, Generalsekretär der NUS, erklärte zu diesem Angebot: "Ich bin enttäuscht, da ich ein besseres Angebot erwartet hatte. Ich glaube jedoch, dass meine Mitglieder bereit sein werden, dieses Angebot als ersten Schritt in Richtung der Schliessung der Lücke zwischen ihrem Verdienst und dem der an Land beschäftigten Arbeitnehmer anzunehmen."

Grosse Lohnerhöhung für Londoner Autobuspersonal

Die der ITF angeschlossene Britische Transportarbeitergewerkschaft (TGWU) hat im Namen von 23.000 Arbeitnehmern, die auf den Autobussen der Londoner Transportbetriebe beschäftigt sind, einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen, der eine sofortige Erhöhung der Löhne der Fahrer und Schaffner um £ 2.10s. pro Woche und um ein weiteres Pfund zu einem späteren Zeitpunkt (aber noch dieses Jahr) vorsieht. Die bisherige Leistungszulage soll durch eine sich auf die Einnahmen stützende individuelle Prämie ersetzt werden, deren Höhe sich auf durchschnittlich 18s. pro Woche belaufen dürfte.

NIEDERLANDE

Neuer Heuertarifvertrag mit Shell Tankers NV abgeschlossen

Die der ITF angeschlossene Niederländische Seeleute-Föderation hat mit der Reederei Shell Tankers NV einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen, der am 1. Mai 1970 in Kraft trat und bis zum 1. Mai 1972 gilt. Die wichtigsten Verbesserungen sind wie folgt:

- Erhöhung der Bezüge um 5 % ab 1. Mai 1970, danach Revision der Bezüge in Zeitabständen von 6 Monaten gemäss dem Stand der Lebenshaltungskosten;
- zusätzliche Erhöhung um 6 % der Bezüge aller Offiziere, die höhere Befähigungsausweise besitzen, als sie im Falle ihres Dienstgrades erforderlich sind;
- Erhöhung der Bezüge der Schiffsköche mit Befähigungszeugnis um fl 50.00;

- Verlängerung des jährlichen Urlaubsanspruchs (Beispiel: Chefingenieure, Steuerleute und Zweite Ingenieure mit einer Dienstzeit von mehr als 5 Jahren werden im Jahre 1970 Anspruch auf 139 Kalendertage Urlaub haben und im folgenden Jahr auf 160 Kalendertage);
- Gewährung von jährlichem Urlaub nach 6 Monaten Dienstzeit ab 1. Januar 1970 und nach 5 Monaten Dienstzeit ab 1. Januar 1972;
- Zahlung einer Prämie in Höhe von 6 % des jährlichen Verdienstes als Urlaubsgeld (diese Prämie muss jedoch mindestens fl. 645 betragen);
- Rückerstattung aller Reisekosten mit Wirkung vom 1. Mai 1970; und
- Fortzahlung der Heuer an Offiziere, die für höhere Befähigungen studieren, und ab 1. Mai 1971 gilt diese Fortzahlung für die gesamte Studienperiode.

NORWEGEN

Neuer Heuertarifvertrag für die norwegische Küstenschifffahrt

Die der ITF angeschlossene Norwegische Seeleutegewerkschaft hat einen neuen Tarifvertrag für die in der Küstenschifffahrt beschäftigten Seeleute abgeschlossen, der am 9. Mai dieses Jahres in Kraft trat und folgende Verbesserungen enthält:

- Erhöhung der monatlichen Bezüge der Matrosen um nkr. 251, was einer Erhöhung der Grundheuer um 20,1 % entspricht;
- Erhöhung der monatlichen Bezüge der Leicht- und Jungmatrosen um 8 % und um weitere nkr. 101;
- entsprechende Erhöhung der Ueberstundentarife;
- Verlängerung des zusätzlichen Urlaubs von 14 auf 16 Tage; und
- Einführung des normalen 8-Stunden-Arbeitstages anstelle des bisherigen 10-Stunden-Arbeitstages. Für Arbeit über 8 Stunden pro Tag wird der Ueberstundentarif gezahlt.

Der neue Vertrag sieht ferner eine flexiblere Arbeitseinteilung vor, und ab Januar nächsten Jahres werden die Grundheuern gemäss dem Anstieg der Lebenshaltungskosten erhöht werden.

nkr. 1,00 = DM 0,49

OESTERREICH

Kürzere Arbeitswoche für österreichische Eisenbahner

Die jahrelangen Bemühungen des Oesterreichischen Gewerkschaftsbundes in Richtung der Einführung der 40-Stunden-Woche haben nunmehr zum Abschluss eines neuen Generalkollektivvertrages geführt, der die Etablierung der 43-Stunden-Woche als Zwischenlösung vorsieht. Die ursprüngliche Forderung des Gewerkschaftsbundes geht auf das Jahr 1955 zurück. Die erste Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 44 Stunden erfolgte im Jahre 1959. Die 40-Stunden-Woche wird erstmalig ab Januar 1975 effektiv werden, nachdem die Arbeitszeit ab Januar 1972 auf 42 Stunden reduziert worden ist. Die Kürzung der wöchentlichen Arbeitszeit hat eine entsprechende Aenderung der Dienstdauervorschriften bei den OeBB mit sich gebracht. In allen Fällen, in denen eine Einschränkung der Dienststunden nicht möglich ist, wird der Personaleinsatz gestaffelt erfolgen, um die Erfüllung der dienstlichen Obliegenheiten im notwendigen Ausmass sicherzustellen.

PHILIPPINEN

Proteststreik der Piloten

Die im philippinischen Binnenflugverkehr beschäftigten Piloten haben am 14. Mai dieses Jahres einen 24-stündigen Streik durchgeführt. Diese Aktion erfolgte in Unterstützung der Forderungen der Piloten auf Modernisierung der Flughafeneinrichtungen und sofortige Installation besserer Navigationshilfen und Beleuchtungsanlagen. Nachdem der Präsident der Philippinen sie ersucht hatte, dem zuständigen Ministerium ihre diesbezüglichen Pläne zu unterbreiten, nahmen die Piloten die Arbeit wieder auf.

SCHWEDEN

Schwedische Transportarbeiter sind beträchtlichen Gesundheitsrisiken ausgesetzt

Eine kürzlich von dem der ITF angeschlossenen Schwedischen Transportarbeiterverband vorgenommene Untersuchung der Gesundheitsrisiken der Transportarbeiter ergab, dass 75 % der schwedischen Transportarbeiter über die Auswirkungen ihrer Arbeitsbedingungen auf die Gesundheit beunruhigt sind. Die Fahrer von Lastwagen erklärten, dass der Lärm in der Führerkabine Hörschäden verursache. Eine weitere Gefahr bestehe in den Folgen der Einatmung von Abgasen über längere Zeitspannen. Als weitere mögliche berufliche Gesundheitsrisiken wurden Bleivergiftung und Silikose angeführt. Zum Ergebnis dieser Untersuchung erklärte ein Sprecher des der ITF angeschlossenen Norwegischen Transportarbeiterverbandes, er habe keinen Grund anzunehmen, dass die diesbezüglichen Bedingungen in Norwegen besser seien.

USA

Neues Container-Abkommen für New Yorker Hafentarbeiter

Die der ITF angeschlossene amerikanische Hafentarbeitergewerkschaft ILA hat sich mit der Vereinigung der Reeder von New York auf die im Zusammenhang mit dem Umschlag von Containern zu entrichtende Gebühr geeinigt, für den Fall, dass diese Container in einem Umkreis von 50 Meilen vom Hafen nicht von registrierten Mitgliedern des Verbandes verladen werden. In solchen Fällen entrichten die Reeder eine Gebühr in Höhe von \$ 1.000 pro Container an den Containerfonds der Gewerkschaft. Gleichzeitig hat die ILA gewisse Einschränkungen in bezug auf die Verladung voller Container aufgehoben.

Zwangsregelung für Werkstättenpersonal

Der seit 18 Monaten andauernde Arbeitskonflikt zwischen vier amerikanischen Gewerkschaften des Eisenbahn-Werkstättenpersonals und den Eisenbahngesellschaften ist zu Ende, weil der amerikanische Kongress eine Gesetzesvorlage des Präsidenten Nixon gutgeheissen hat, die die Gewerkschaften zur Annahme eines früheren Angebotes zwingt, dessen Einzelheiten wie folgt waren: für das Jahr 1969 werden die Löhne des Werkstättenpersonals rückwirkend um insgesamt 5 % erhöht (2% ab 1. Januar und weitere 3 % ab 1. Juli). Parallel damit erfolgt eine Erhöhung der Stundenlöhne um 10 Cent ab 1. September 1969. Für 1970 werden die Löhne ab 1. Januar um weitere 5 % erhöht, bei zweimaliger Erhöhung der Stundenlöhne um je 4 Cent ab 1. April bzw. 1. August.

Während der letzten drei Monate hat das Arbeitsministerium wiederholt Schlichtungsversuche unternommen, die jedoch ergebnislos ausliefen, weil die Eisenbahnen nicht bereit waren, die Schlichtungsvorschläge anzunehmen, in der Hoffnung, dass der Kongress die Gewerkschaften zur Annahme ihres früheren Angebots zwingen wird, was nunmehr tatsächlich eingetreten ist.

PERSONALIEN

Jean Möri, der bis zu seinem Rücktritt vor nur wenigen Monaten Sekretär der Union Syndicale Suisse war, ist am 30. April im Alter von 68 Jahren unerwartet gestorben. Voriges Jahr wurde Kollege Möri anlässlich des 50. Jubiläums der IAO einstimmig zum Präsidenten der Internationalen Arbeitskonferenz 1969 gewählt. Dies war die Krönung seiner über 20 Jahre langen Zusammenarbeit mit der IAO.

Wilfred Jenks wird als Nachfolger von David Morse die Leitung der Internationalen Arbeitsorganisation übernehmen. Gegenwärtig ist Herr Jenks der Stellvertretende Generaldirektor der IAO.

Yujiro Ohno, ein früherer persönlicher Mitarbeiter des japanischen Arbeitsministeriums, ist zum Assistierenden Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation ernannt worden.

Adam Anderson, Zentralsekretär des der ITF angeschlossenen Schottischen Kraftfahrerverbandes, ist an einem Herzschlag gestorben.

Giacomo Bernasconi, ein prominentes Mitglied des schweizerischen Gewerkschaftsbundes SGB, ist Ende März in den Ruhestand getreten.

Wilhelm Burmester, der frühere Bezirksleiter des GdED-Bezirks Hamburg, ist in Hamburg am 8. April im Alter von 77 Jahren gestorben. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg trat der neunzehnjährige Burmester der Gewerkschaft bei. Nach dem Kriege arbeitete er als Schlosser im Dienste der damaligen Deutschen Reichsbahn. Im Jahre 1940 verhaftete ihn die Gestapo und brachte ihn in das Konzentrationslager Fuhlsbüttel. Wegen illegaler Arbeit für die ITF wurde er zu zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Die deutschen Eisenbahner verlieren in ihm einen aufrichtigen und tatkräftigen Gewerkschafter.

Erwin Frühbauer, der Vizepräsident der Oesterreichischen Gewerkschaft der Eisenbahner, ist zum Verkehrsminister Oesterreichs ernannt worden. Wir beglückwünschen ihn und wünschen ihm in seinem neuen Amt allen Erfolg.

Adolphe Graedel, der Generalsekretär des Internationalen Metallarbeiterbundes, ist im März dieses Jahres in den Ruhestand getreten. Sein Nachfolger ist Kollege Ivar Moren, der langjährige Präsident der Schweizerischen Metallarbeiter-Föderation.

Walter Hungerbühler, seit 1950 in der Geschäftsleitung des der ITF angeschlossenen schweizerischen Eisenbahnverbandes SEV und noch immer Mitglied des Grossen Rates von Basel-Stadt, feierte am 29. April seinen 70. Geburtstag.

Adolph Kummernuss, der fast 20 Jahre lang der 1. Vorsitzende der deutschen Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (OeTV) war und auch mehrere Jahre lang dem ITF-Vorstand angehörte, feierte vor kurzem seinen 75. Geburtstag. Wir wünschen ihm alles Gute.

Sam McCluskie ist zum Organisationssekretär des Britischen Seeleuteverbandes (NUS) ernannt worden.

Frank Noakes, Sekretär und Kassenwart der amerikanischen Gewerkschaft des Wegeinstandhaltungspersonals, ist vor kurzem im Alter von 66 Jahren gestorben. Kollege Noakes hat sich während seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit vor allem um die Förderung der Solidarität zwischen den amerikanischen und mexikanischen Gewerkschaften bemüht.

Abe Spradling, von 1946 - 1959 Präsident der US Amalgamated Transit Union, ist im Alter von 84 Jahren gestorben.

Floyd E. Smith, Präsident der US International Association of Machinists (IAM), ist zum Vorsitzenden der Amerikanischen Stiftung für Automation und Beschäftigung gewählt worden.

Elmer Walker, ehemaliger Sekretär und Kassenwart der US International Association of Machinists (IAM), ist im Alter von 69 Jahren gestorben.

BEVORSTEHENDE TAGUNGEN

ITF/IOeD-Konferenz über Städtischen Nahverkehr	-	London, 14-15 Juli 1970
ITF-Unterausschuss Städtischer Nahverkehr	-	London, 16. Juli 1970
Technischer Ausschuss der Flugingenieure	-	London, 16-17 Juli 1970
Geschäftsführender Ausschuss	-	London, 28. Juli 1970
Vollkonferenz der Sektion Zivilluftfahrt	-	Miami Beach, USA, 28. September - 2. Oktober 1970
Konferenz der Seeleutesektion	-	Genf, 9-10. Oktober 1970
ITF- Vorstand	-	London, 27-28 November 1970

WEITERE INFORMATIONEN UEBER
DIE IN DIESER NUMMER ENTHAL-
TENEN MITTEILUNGEN SIND VOM
SEKRETARIAT AUF ANFRAGE ER-
HAELTLICH.

IATA WIDERSETZT SICH GEMEINSAMER PRESSEKONFERENZ MIT VER-
TRETERN DES ZIVILLUFTFAHRTSPERSONALS UEBER LUFTFAHRTSSICHERHEIT

Die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) möchte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Tatsache lenken, dass die internationalen Luftfahrtsgesellschaften, vertreten durch den Verband des Internationalen Luftverkehrs (IATA), sich der Beteiligung der ITF an einer gemeinsamen Pressekonferenz der Luftfahrtsgesellschaften, Piloten und des Luftfahrtspersonals über die Frage der Entführung und Sabotage von Flugzeugen widersetzt haben. Der Termin und Tagungsort dieser gemeinsamen Konferenz waren Freitag, der 12. Juni 1970 in Amsterdam. Die näheren Einzelheiten dieses Falles sind wie folgt:

Gegen Ende Mai 1970 besprach die ITF mit der Internationalen Föderation der Luftlinienpiloten-Vereinigungen (IFALPA) die Durchführung einer gemeinsamen Aufklärungskampagne sowie Fragen der allgemeinen Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Bekämpfung der Entführung und Sabotage von Flugzeugen. Im Laufe dieser Diskussionen wurde uns mitgeteilt, dass eine gemeinsame IATA/IFALPA-Pressekonferenz vorgesehen sei. Die ITF wurde zu dieser Pressekonferenz eingeladen und nahm diese Einladung vorbehaltlos an. Zu unserer Ueberraschung jedoch wurde uns später mitgeteilt, dass die IATA einer Beteiligung der ITF an dieser Konferenz nicht zustimmen könne -- dies trotz der Tatsache, dass sich unter den 6 Millionen Mitgliedern der ITF über 200.000 Angehörige des Zivilluftfahrtspersonals (sowohl Flug- als auch Bodenpersonal) befinden und die ITF somit bei weitem die grösste internationale Organisation des Luftfahrtspersonals ist.

Aus diesem Grunde gaben wir gegenüber Herrn Knut Hammarskjöld, dem Generaldirektor der IATA, unserer Besorgnis über diese uns unerklärliche Verweigerung Ausdruck, in der Hoffnung, dass es sich hier sicher um ein Missverständnis handele. Ferner schlugen

wir vor, dass Herr Hammarskjöld diese Frage mit dem Präsidenten der ITF, Hans Düby, besprechen möge. Dies erwies sich jedoch aufgrund der Teilnahme Herrn Hammarskjölds an einer Sitzung in Warschau als unmöglich. In einem Telegramm an Herrn Charles Blyth, Generalsekretär der ITF, beharrte Herr Hammarskjöld jedoch auf seiner Haltung und erklärte, er sei der Ansicht, dass ein Angriff von zwei Seiten (IATA/IFALPA) wirksamer sein könne, als ein solcher von drei Seiten (IATA/ITF/IFALPA). Die Gründe für diese Auffassung wurden uns jedoch nicht dargelegt.

Unsererseits sehen wir keinen stichhaltigen Grund für die Ausschliessung der grössten Gruppe des internationalen Zivilluftfahrtspersonals von einer Pressekonferenz über ein Problem, das auch für die Öffentlichkeit von ausserordentlich grosser Bedeutung ist. Der Fall ist um so merkwürdiger, da sich die ITF seit langem äusserst aktiv mit dieser Frage befasst hat und viele der Vorschläge, die heute von internationalen Organisationen und Regierungen zur Lösung dieses Problems gemacht werden, ursprünglich von uns gemacht wurden. Dies gilt zum Beispiel für den Antrag zur Einberufung einer internationalen Konferenz der Vereinten Nationen über Flugzeugentführungen und Sabotageanschläge. Dieser Vorschlag wurde von uns erstmalig vor einem Jahr gemacht und er wird im gewissen Sinne durch die Einberufung einer Ausserordentlichen Versammlung der ICAO (die eine Sonderagentur der Vereinten Nationen ist) erfüllt. Diese Ausserordentliche Versammlung beginnt am 16. Juni in Montreal. In anderen Worten: es war die ITF, -- und nicht die IATA, die IFALPA oder irgend eine andere Organisation -- die in bezug auf die Beantragung einer solchen Weltkonferenz die Initiative ergriff. Desgleichen setzte sich die ITF bereits im Februar dieses Jahres kurz nach dem tragischen Unglück einer Swissair 'Coronado' aktiv für die Bildung von Luftfahrts-Sicherheitsausschüssen auf nationaler Ebene ein. Auch auf diesem Gebiet ist unsere Initiative inzwischen von anderen internationalen Luftfahrtsinstanzen und Regierungen aufgegriffen worden.

Zwischen der erklärten Politik der Luftfahrtsgesellschaften, der Piloten und der ITF in bezug auf die dringende Notwendigkeit der Lösung dieses weltweiten Problems durch die Regierungen besteht praktisch kein Unterschied. Das gleiche gilt in bezug auf die hierbei anzuwendenden Methoden. Eben aus diesem Grunde verurteilen wir aufs stärkste die Haltung der IATA im Zusammenhang mit der Abgabe einer gemeinsamen öffentlichen Erklärung der drei Organisationen. Zu einer Zeit, wenn der grösstmögliche Anlass für eine gemeinsame und einheitliche Haltung der Luftlinien und des Luftfahrtspersonals besteht, um sicherzustellen, dass die Regierungen der Luftfahrtsländer schnell und entschlossen handeln, damit die Sicherheit der Luftfahrt gewahrt, und den Fluggästen sowie dem Luftfahrtspersonal wirksamer Schutz geboten werden kann, hat die Nichtbereitschaft der IATA zu einer öffentlichen Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften des Luftfahrtspersonals zu vollkommen unnötigen Spannungen geführt.

Wir bedauern dies natürlich ausserordentlich, sind jedoch weiterhin als Vertreter des Zivilluftfahrtspersonals fest entschlossen sicherzustellen, dass die Regierungsvertreter auf der nächste Woche in Montreal stattfindenden ICAO-Tagung alles in ihrer Macht stehende tun, um die jetzige Gefährdung der sicheren und friedlichen Abwicklung des zivilen Luftverkehrs zu reduzieren und zu beheben.